

**Professor Dietrich von der Oelsnitz**, TU Braunschweig, über die Zukunft der Europäischen Union



„Das eigentlich schöne, in Brüssel aber arg strapazierte Wort ‚Solidarität‘ ist inzwischen zu einem Synonym für Geldzuwendung geworden.“

## Mehr Europa brauchen wir nicht

**E**xplodierende Schulden, stagnierendes Wachstum, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit – heute zeigt sich: Die Vorteile einer Union für die Unternehmen wurden überschätzt, die makroökonomischen Kosten für die Mitglieder hingegen unterschätzt. Das gegenwärtige wirtschaftspolitische Regelwerk erwies sich letztlich als unfähig, die Euro-Mitglieder zu einer kohärenten und stabilitätskonformen Politik anzuhalten. Das primär politisch motivierte Zusammenwerfen von Ländern in einen Topf hat deshalb bereits nach einem Jahrzehnt dazu geführt, dass nun immer stärker auch solide wirtschaftende Länder wie Finnland oder Österreich in Mitleidenschaft gezogen werden. Die derzeitige lockere (Geld-)Politik ist für die Krisenländer ein Anreiz, sich noch mehr zu verschulden. Billionenschwere Transfers und supranationale Interventionen auf der einen, zwischenstaatliche Zerwürfnisse auf der anderen Seite sind die logische Folge. Die Staaten Europas werden auf diese Weise in unselige Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse getrieben.

Von der EU hat Deutschland profitiert, solange diese eine Wachstumsgemeinschaft souveräner Staaten war. Mit dem inzwischen zur Regel gewordenen Regelbruch aber entwickelt sich die EU zu einem Umverteilungsstaat fernab echter demokratischer Kontrolle. Eine tatsächliche Gewaltenteilung sucht man vergebens: So wie die EZB – in deren Direktorium die Bundesbank übrigens ein genauso hohes Stimmgewicht wie das gut 400 000 Einwohner zählende Malta besitzt – mittlerweile Gläubiger, Aufsicht und Insolvenzverwalter zugleich ist, so fungiert heute die EU-Kommission als Legislative und Exekutive zugleich. Über die Rechte des Europaparlaments ist schon viel gestritten worden; eines steht fest: echte Initiativrechte besitzt es nicht. Bedenklich stimmt die offenkundige Panik, die in den Brüsseler Hin-

terzimmern ausbricht, wenn tatsächlich mal ein Staatschef (Tsipras, Cameron) in einer basisdemokratischen Anwendung sein Volk befragen will. Bundesregierungen hierzulande haben diesen Fehler nie gemacht.

Das eigentlich schöne, in Brüssel aber arg strapazierte Wort „Solidarität“ ist inzwischen zu einem Synonym für Geldzuwendung geworden. Das ist einerseits traurig, zeigt aber andererseits, worum es in der EU am Ende eigentlich geht: Von vermögendere-

**„Die derzeitige lockere (Geld-)Politik ist für die Krisenländer ein Anreiz, sich noch mehr zu verschulden.“**

ziehungsweise seriöser wirtschaftenden Ländern möglichst oft große Finanztransfers zu erlangen. Als Zyniker könnte man sagen, das angesichts der jüngsten Migrantenströme nach Europa praktizierte Weiterreichen der Flüchtlinge in Richtung Deutschland ist das einzige Transfersystem innerhalb der EU, das wirklich funktioniert. Über das hierin zum Ausdruck kommende Solidaritätsverständnis möchte der Verfasser lieber schweigen. Das Ganze zeigt überdies, dass „Europa“ eben keine einheitliche Identität hat. Bei einem größeren Ansturm zerfällt das Gesamtkunstwerk wieder in seine nationalstaatlichen Einzelteile. Schengen und Dublin funktionieren nicht?

Die EU wird demnächst an die entscheidende Wegmarke gelangen: Es wird dann um die künftige Balance zwischen Zentrum und Peripherie gehen. Wird die Lösung der Dauerkrise am Ende darin gesehen, dass die Einzelstaaten weitere Kompetenzen nach Brüssel abtreten müssen? Kommt über die Zwischenschritte der Banken-, Sozial- und Fiskalunion der europäische Bundesstaat?

Es gibt Anzeichen dafür, dass das eigentliche Ziel der Euro-Politiker ein zentral gelenkter Einheitsstaat mit eigener Armee und

eigener Steuerhoheit ist. Die „Reformpapiere“ liegen auf dem Tisch; die Sprachregelung lautet: zum Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte. Es wird folglich ein Staat sein, in dem die nationale Eigenverantwortung weiter geschwächt und die direkte Demokratie weiter ausgehöhlt wird. Ein Staat, der zentrale geldpolitische Entscheidungen an den Bedürfnissen der global agierenden Exportkonzerne ausrichtet, die Bevölkerungen aber dafür den Marsch in die Schuldenunion antreten lässt – und sie über eine dauerhafte Niedrigzinspolitik schleichend enteignet.

Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung wäre der Anfang vom Ende des deutschen Wohlstandsmodells. Es begänne mit nationalen Exportquoten, mit einer „transnationalen Verteilung der Gewinne aus der gesamteuropäischen Wertschöpfungskette“ (Robert Menasse) und endet bei noch mehr „Solidarität“. Die Pläne zu einer europäischen Arbeitslosen- und Rentenversicherung dürften in diesem Sinne schon weit gediehen sein. Die Guthaben der deutschen oder niederländischen Sparer haften schon heute für Unicredit und Santander. Wir brauchen aber nicht „mehr Europa“ oder gar „neue Regeln“; sondern mehr Konsequenz und die wirksame Durchsetzung der geltenden Regeln.

Verständlicherweise reagieren die Wähler europaweit mit zunehmender Entfremdung. Eine weitere Abwendung von diesem Projekt ist zu befürchten. Dies könnte sich über kurz oder lang zu einer Gefahr für die Demokratie auswachsen. Die Bürger mögen vielfach desinteressiert sein – blöd sind sie nicht.

### Hinweis

**Prof. Dietrich von der Oelsnitz:** „Warum die Währungsunion scheitern wird“, erschienen in der Publikation Universitas, 70. Jahrgang, Seite 16-41.